

## Der ANC wird 100 – und ist auf der Suche nach seiner Identität

ANMERKUNGEN ZUM NATIONAL GENERAL COUNCIL VOM 20.-24. SEPTEMBER 2010 IN DURBAN

**In zwei Jahren ist es soweit. Der 1912 gegründete *African National Congress* (ANC) wird 100 Jahre alt. 2014 folgen die nächsten Wahlen auf nationaler Ebene und in den neun Provinzen. Die Demokratie in Südafrika feiert dann ebenfalls einen runden Geburtstag. Die beiden Ereignisse sind untrennbar miteinander verbunden. Denn als dominante Partei bestimmte dann der ANC in diesem neuen Südafrika 20 Jahre die Geschicke und die politischen Entscheidungen.**

In der Mitte der Wahlperiode und damit zweieinhalb Jahre nach dem Parteitag von Polokwane vom Dezember 2007 fand nun der „Zwischenparteitag“, das National General Council (NGC) statt, an dem über 2000 Delegierte, ein Heer an Journalisten und viel Prominenz teilnahmen. Zur Mitte der fünfjährigen Amtsperiode der Parteiführung dient dieses Treffen dazu, Bilanz darüber zu ziehen, inwieweit die von der *Tripartite Alliance* gestellte ANC-Regierung die Beschlüsse der Partei umgesetzt hat und was für den Rest der Legislatur noch in Regierungsentscheidungen umzusetzen ist. Austragungsort des vom 20.-24. September 2010 dauernden Parteitages war die Hafenstadt Durban in KwaZulu/Natal, der Heimatprovinz von Partei- und Staatspräsident Jacob Zuma.

Am Vorabend des auch als *Indaba* bezeichneten NGC lud das *Progressive Business Forum* (PBF) zu einem Gala-Dinner ein, an dem vor allem hochrangige Vertreter aus der Wirtschaft teilnahmen. Für das exklusiv-

ve Abendessen mit dem Präsidenten, den Ministern und hohen Regierungsbeamten sowie Parteifunktionären bezahlten Unternehmen bis zu 500.000 Südafrikanischen Rand (ca. 55.000 Euro). Für einen der 32 Ausstellungsstände spendierte der dem ANC nahe stehende CEO von African Rainbow Minerals, Patrice Motsepe, 250.000 Rand - eine lukrative Fundraising- und Parteifinanzierungsmaßnahme. Zu solchen Finanzquellen für die Partei- und Wahlkampffinanzierung haben Oppositionsparteien keinen Zugang. Über die Motive der Unternehmen, diese Summen für die Möglichkeit auszugeben, mit dem Staatspräsidenten und seinen Kabinettsmitgliedern in ein „direktes und persönliches Gespräch zu kommen“, wird heftig gestritten. Der Verantwortliche für das PBF, Renier Schoeman, ein ehemaliger NP-Funktionär und heute im engsten Umfeld von Präsident Zuma und dem mächtigen Finanzchef des ANC, Mathew Phosa, zu finden, windet sich in einem Interview mit der *Sunday Times* vom 19. September, unmittelbar vor dem Parteitag. Nichts Unrechtmäßiges sei darin zu sehen, dass Wirtschaftsführer die Nähe der politischen Führung eines Landes suchen, sagt er dazu. Nichts Geheimen und schon gar nicht über öffentliche Aufträge würde dort gesprochen. Auf die insistierenden Fragen, warum dann Wirtschaftsführer bzw. deren Unternehmen solch große Summen ausgeben, wenn diese Informationen auch frei zugänglich seien,

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER

27. September 2010

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

weiß er nur ausweichende Antworten zu geben.<sup>1</sup>

Anders erging es den gemeinen Delegierten und Journalisten. Bei der Akkreditierung am Montag gab es lange Schlangen in der aufgeheizten Hafenstadt am Indischen Ozean und für Journalisten Räume ohne Klimaanlage. Die beauftragte Veranstaltungsagentur muss als Erklärung für diese Mängel herhalten. Die Situation ist aber symbolisch und kann auf den ANC und dessen Befinden übertragen werden. „The ANC lost his soul“, heißt es dazu in der beliebten Spätnachmittagsendung der Radiostation *Kaya FM 95.9*. John Perlman, der den vom ANC und der Regierung dominierten öffentlich-rechtlichen Sender *South African Broadcasting Corporation* (SABC) wegen „political censorship“ verließ, moderiert täglich eine Stunde ab 18 Uhr die vor allem von der schwarzen Mittel- und Unterschicht gehörte Radiosendung. Die Aussagen stammen von Anrufern, die lebhaft teilhaben und ihre Meinung und häufig ihren Ärger mit Namensnennung offenkundig kundtun. Das Zitat bringt die eigentliche Identitätskrise des ANC auf den Punkt. Es ist die Entfremdung von „Ihr da oben – Wir da unten“ wie Jürgen Wallraff seinen Buchtitel in völlig anderem Zusammenhang nannte.

Das Gala-Dinner am Vorabend des Parteitagess passte so gar nicht zu der Partei, die sich in öffentlichen Erklärungen als verantwortliche politische Kraft für die „Poorest of the Poor“ sieht. Das haben die Armen, von denen der ANC mit annähernd zwei Dritteln Zustimmung bei den Wahlen im April 2009, noch immer die größte Zustimmung erfährt, inzwischen verstanden.<sup>2</sup> Ihrem Ärger machen die Menschen in den sog. „Service Delivery“ Streiks und Aufständen, die nicht

---

<sup>1</sup> Vgl. Interview Chris Barron mit Renier Schoeman, in: Sunday Times, 19.9.2010, Review S. 11

<sup>2</sup> Siehe zu den Wahlen ausführlich: Daniel, J./Southall, R., *Zunami – The 2009 South African Elections*, Jacana Verlag 2009, KAS (Hrsg.)

selten zu gewalttätigen Straßenschlachten mit Sicherheitskräften ausarten, heftig Luft. Aber sie nutzen leider (noch) nicht die Möglichkeit, die ihnen in der selbst erkämpften Demokratie gegeben ist. Die Konsequenz nämlich, dem ANC an der Wahlurne den Rücken zu kehren und für eine andere Partei zu stimmen, schaffen bislang die Meisten nicht. Wahlabstinz ist die Folge. Gerade 60 Prozent Wahlbeteiligung, bezogen auf die gesamte Zahl der Wahlberechtigten, ist für eine junge, aufstrebende Demokratie ein mageres Ergebnis. Bei allem aufgestauten Ärger ist es aber doch noch „ihre“ Befreiungsbewegung und ein anderes Votum würde als Verrat an „meiner“ Befreiungsbewegung empfunden. Hinzu kommt der Gruppendruck, man gehört zusammen im Township. Das hat man unter dem Apartheidregime als Überlebensstrategie gelernt. Deshalb ist die Opposition, unabhängig von deren eigenen Defiziten und Schwächen – positive Ausnahme ist die *Democratic Alliance* (DA) – (noch) keine Alternative.

Der ANC und die drei darin zusammengeschlossenen Koalitionspartner (der Gewerkschaftsverband COSATU, die südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) und der ANC selbst) pflegen deshalb ganz bewusst das Image der Befreiungsbewegung. Jeder Jahrestag wird geschickt instrumentalisiert, um das Zusammengehörigkeitsgefühl in Erinnerung zu rufen, sozusagen das „Gewissen“ jedes Einzelnen anzusprechen. Und die Ikone des Landes, das lebende Symbol des Befreiungskampfes, Nelson Mandela, ist in dieses strategische Konzept eingebaut. „Wohlfühlen unter dem Dach der Big Church“, ist bis auf weiteres die erfolgreichste Wahlstrategie des ANC.

Deshalb wird auch der Parteibildungsprozess nur verhalten entwickelt. Ob die ANCFührung überhaupt eine Partei nach westlichem Demokratieverständnis anstrebt, so wie bspw. Helen Zille ihre DA formiert, ist eine offene Frage, über die in den Kommentarspalten der Printmedien häufig sinniert und spekuliert wird. Offenheit in beide Richtungen, scheint derzeit die (erfolgreiche) Parteilinie. Hinzu kommt ein wichtiger Aspekt, der nicht unterschätzt werden darf. Länder mit Einheitsparteien und populistisch

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER

27. September 2010

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

dominanten Parteien sind auf der globalen Bühne stärker in den Blickpunkt gekommen. Die Finanzkrise wird auf der Südhalbkugel durchaus auch als eine Krise des westlichen Demokratiemodells insgesamt interpretiert. Nicht nur das als erfolgreich eingeschätzte chinesische Entwicklungsmodell wirkt attraktiv. Auch der Vulgärpopulismus von Hugo Chavez mit seinen Nachahmern auf dem amerikanischen Kontinent oder afrikanische populistische Modelle wie Libyen oder Guinea-Bissau oder auch sog. verhandelte Regierungen nach kenianischem Vorbild werden beobachtet. Im Hinblick auf Parteispenden besteht zu den meisten genannten Parteien gar eine freundschaftliche Verbundenheit, wie die Wahlen vom April 2009 zeigten.<sup>3</sup> Die jüngste Reise von Präsident Zuma nach China oder dem ANC-Youth League Führer Julius Malema nach Venezuela sind Ausdruck dieser Kooperation auf Parteiebene. Umso wichtiger ist es, dass Europa und europäische Parteien diese Konkurrenzsituation wahrnehmen und sich an diesem Dialog weiter offen und engagiert beteiligen.

In den Wochen und Monaten vor dem NGC zeigte sich der ANC heftig zerstritten. Nicht nur die Führungsfrage wurde nur knapp drei Jahre nach der Abwahl von Thabo Mbeki als Parteichef und dessen darauf folgenden erzwungenen Rücktritt als Staatspräsident gestellt. Die gesamte Richtung der ANC-Politik, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wird ausgerechnet von den Machtgruppen hinterfragt, die Jacob Zuma beim Parteitag in Polokwane und den anschließenden nationalen Wahlen in seine beiden Ämter verholten haben. Cosatu-Generalsekretär Zwelinzima Vavi fordert einen Richtungswechsel der marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik und verlangt eine Umverteilung zugunsten der armen Bevölkerungsgruppen. Allerdings beziehen in Südafrika bereits über 13 Millionen Menschen Transferleistungen vom Staat, der auf nur 5,5 Millionen Steuerzahler zäh-

---

<sup>3</sup> Vgl. Rossow, Mandy: ANC dodgy funders, in: Mail & Guardian, March 20 to 26 2009; Siehe auch ausführlich: Butler, A., Paying for Politics, Jacana Verlag, 2010, KAS (Hrsg.)

len kann. Südafrika bräuchte für zusätzliche Transferzahlungen Wachstumsraten von über sieben Prozent. Mit knapp über fünf Prozent wurde dieses Ziel selbst in den exportstarken Boomjahren dieses Jahrzehnts nicht erreicht. Erst dann aber würde mehr Beschäftigung erzielt, was angesichts einer Arbeitslosenquote von (real) etwa 40 Prozent dringend notwendig ist. Dafür aber müsste der Arbeitsmarkt auch die notwendigen und gesuchten ausgebildeten Fachkräfte zur Verfügung haben. Der katastrophale Zustand des Bildungssystems wirkt hier jedoch als entscheidender Bremsklotz. Ihre Muskeln spielte Cosatu unmittelbar vor dem NGC mit dem über drei Wochen andauernden Streik im öffentlichen Dienst aus, an dem auch die Lehrer der staatlichen Schulen teilnahmen. Wie die betroffene Schülergeneration nun den anstehenden Schulabschluss, das *National Senior Certificate* (NSC) schaffen soll, weiß niemand zu beantworten. Andererseits sind das tatsächlich Kernthemen, die im Mittelpunkt des Parteitages hätten stehen sollen.

Mit Verstaatlichungsforderungen tat sich hingegen die einflussreiche Jugendorganisation des ANC und vor allem deren Vorsitzender, Julius Malema, hervor. Mindestens 51 Prozent der Minengesellschaften sollen demnach künftig in staatlichem Besitz sein. Das in der Verfassung verankerte Prinzip „Willing Buyer – Willing Seller“ bezüglich der Umverteilung von Land, erklärt Malema als gescheitert. Als Konsequenz daraus folgert er eine Neuregelung, nach der das Land den derzeitigen Besitzern genommen werden kann und die Regierung dafür einen Preis anbietet. Lehnt der Besitzer diesen Preis ab, soll ihm das Land ohne jede Entschädigung genommen werden.<sup>4</sup> In einer Erklärung nach seinem Besuch bei Robert Mugabe erklärte Malema öffentlich, Südafrika solle die Landreform in Simbabwe als Beispiel neh-

---

<sup>4</sup> Interview Julius Malema anlässlich der Mining for Change conference in Sandton, vgl.: Malema in Zuma face-off, in: The Star, 8.9.2010, S.1; siehe auch: Malema turns screws on Zuma – Land settlement with Boers is over, in: The Star, 10.9.2010, S. 3

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER

27. September 2010

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

men. Hinsichtlich der Landumverteilung sei Simbabwe im Vergleich zu Südafrika beispielgebend vorangeschritten. Dass dafür die Eigentumsgarantie der Verfassung geändert werden müsste, ficht Malema nicht an. Im Gegenteil: er fordert diese Verfassungsänderung. Dabei gibt es durchaus vernünftige Modelle und Konzepte zur Landreform, die die Interessen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen und dabei die Produktivität der Landwirtschaft für die Ernährungssicherung der Bevölkerung und interessante Exportgeschäfte erhalten. Eine Vielzahl an Veröffentlichungen liegt dazu vor.<sup>5</sup>

In seiner Eröffnungsrede beim Parteitag zeigte sich Jacob Zuma kampfbereit und kritisierte die Abweichler von der Parteilinie in ungewohnter Offenheit. Er appellierte nicht nur an die Parteidisziplin, womit er sich vor allem an Cosatu wandte, sondern forderte die Youth League des ANC ultimativ dazu auf, die „Älteren“ als Autorität zu respektieren. Bekanntlich zählt dieses Prinzip zu einer Grundregel der afrikanischen Tradition und Kultur. Auf den ersten Blick könnte die Rede als Stärke des Parteipräsidenten und dessen Machtanspruch als Führer des ANC interpretiert werden. Es scheint aber eher die gegenteilige Bewertung realistisch. Zu lange hat Jacob Zuma gezögert. Als zu schwach wird seine gesamte Regierungsführung, aber auch seine Parteiführung angesehen. Die breite Zustimmung von Polokwane bröckelte in den zurückliegenden zwei Jahren stetig, ohne dass Zuma sich zum

---

<sup>5</sup> Vgl. u.a.: Land Reform in South Africa: Constructive Aims and positive Outcome, KAS (Hrsg.) 2010, <http://www.kas.de/suedafrika/en/publications/18654/>; Successful and productive land reform is possible in South Africa, Democratic Alliance (Hrsg.), 2010, <http://www.da.org.za/newsroom.htm?action=news-news-item&id=8552>; People and Parks – Sharing the Benefits, KAS (Hrsg.), 2008; Land Reform: Trailblazers – Seven Successful Case Studies, KAS (Hrsg.), 2007, <http://www.kas.de/suedafrika/en/publications/10924/>.

Handeln veranlasst sah. Seine Rede zeigte deshalb nur begrenzt und kurzzeitig Wirkung. Schon im weiteren Verlauf des Parteitages zeigten sich die kritischen Lager erneut kämpferisch. Zwar scheinen Julius Malema und die Youth League nach dem NGC geschwächt und Zwelinzima Vavi hat anscheinend ein großes Stück Kreide gegessen. Die Kluft im ANC und die Sprachlosigkeit zwischen Bevölkerung und Parteikadern wird diese Debatten jedoch erneut aufleben lassen.<sup>6</sup> Es lag wohl an Zumas Führungsschwäche, dass die traditionell auf Einheit ausgerichtete Partei personell und inhaltlich zerstritten in dieses NGC ging.

Nach der Eröffnung tagte der Parteitag meist in Arbeitsgruppen hinter verschlossenen Türen. Interessierte Beobachter und vor allem die Medien waren von den Beratungen ausgeschlossen. Deshalb konnte in der Berichterstattung nur auf Erklärungen der Parteiführung an Rande des Parteitages zurückgegriffen werden. Kritische Äußerungen einzelner Delegierter wurden ausdrücklich ohne Namensangabe abgegeben und verloren damit weitgehend an Wert. Dabei behandelte der Parteitag fundamentale Fragen, die die künftige Politik und vielleicht auch das politische System des Landes bestimmen werden. Fragen also, an denen die Öffentlichkeit berechtigter Weise ein nachhaltiges Interesse hat.

„Service Delivery“ wurde bereits genannt. Hauptursache für das schlechte Funktionieren und das Versagen des öffentlichen Dienstes ist das Prinzip des „Cadre Deployment“, das der ANC ausdrücklich nicht auf Parteifunktionäre, sondern auf alle Funktionsstellen im Staat auf alle Politikebenen bezieht. Nach diesem Prinzip kommen nicht die richtigen Qualifikationen in die dafür angemessene Verwendung. Auswahl- und Entscheidungskriterium sind die Parteizugehörigkeit und/oder Verdienste aus dem Befreiungskampf. Fast 20 Jahre nach dem demo-

---

<sup>6</sup> Siehe dazu den lesenswerten Kommentar von Mondli Makhanya: „Watching the bliss of ANC insiders and the pain of the excluded“, Sunday Times, 26.9.2010, Review S. 8

27. September 2010

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

kratischen Wandel Südafrikas sollte dieses Prinzip abgeschafft sein. Das wäre jedenfalls ein lohnendes Thema für eine offene und öffentliche Debatte beim NGC gewesen.

Die Rolle der Provinzen und damit des dezentralen Staatsaufbaus und des politischen Systems ist ein weiteres Weichen stellendes Thema.<sup>7</sup> Jüngste Diskussion im Regierungslager deuten darauf hin, dass eine Rückkehr zu den vier Regionen, wie sie vor der Neugliederung mit neun Provinzen bestanden, ein angestrebtes Modell ist. Ob dafür die erforderliche Mehrheit für eine Verfassungsänderung erreicht werden kann, sei dahin gestellt. Die Veränderung des „Three Spheres Systems“ durch die Schwächung oder Quasi-Abschaffung der Provinzen würde jedenfalls auf eine Zentralisierung der Macht bei der Exekutive und damit –angesichts der Mehrheitsverhältnisse – im Luthuli-House, der Parteizentrale des ANC, hinauslaufen.

Aber es geht auch um eine parteipolitische Fragestellung. Seit den Wahlen im April 2009 regiert die DA mit Helen Zille als Premier die Provinz Westkap. Es ist der Anspruch von Helen Zille, diese Provinz so zu regieren, dass die politischen Entscheidungen allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugute kommen. Und das mit einer transparenten Regierungsführung und aktiver Bekämpfung der Korruption. Regierungsbeamte werden folglich aufgrund von Leistungskriterien in ihre Funktionen eingesetzt, nicht nach Parteizugehörigkeit. Die Strategie scheint aufzugehen. In Nachwahlen gewann die DA vor wenigen Wochen in den Cape Flats und dem Township Gugulethu zwei Stadtteile, die zuvor mit annähernd 70 Prozent vom ANC regiert waren. Die Prozentverteilung zwischen beiden Parteien drehte sich praktisch um.

---

<sup>7</sup> Siehe ausführlich: Review of Provinces and Local Governments in South Africa: Constitutional Foundations and Practise, KAS (Hrsg), 2008, <http://www.kas.de/suedafrika/en/publications/15071/>.

Mit der Integration der *Independent Democrats* (ID), die vor allem bei den Coloureds im Westkap ihre Wählerbasis haben, sind zusätzlich gute Voraussetzungen für die anstehenden Kommunalwahlen im zweiten Quartal 2011 geschaffen. Die Vorsitzende der ID, Patricia de Lille, legte ihr Abgeordnetenmandat im Nationalen Parlament nieder und ist inzwischen als Sozialministerin in die Provinzregierung von Helen Zille eingetreten. Hinzu kommen die tief greifenden parteiinternen Auseinandersetzungen innerhalb des ANC in der Westkap-Provinz. Mit der Zusammenlegung der drei Kap-Provinzen (Ost-, West- und Nordkap), wäre dieses „Problem“ gelöst und eine strukturelle Mehrheitssituation für den ANC für lange Zeit geschaffen.

Im Vorfeld des Parteitages wurde von der Regierung der Entwurf eines Geheimhaltungsgesetzes für sensible Informationen und Dokumente, die „Protection of Information Bill“ ins Parlament zur Beratung eingebracht. Gleichzeitig wurde vom ANC ein „Media-Appeals-Tribunal“ gefordert, das bereits 2007 beim Parteitag vom Polokwane in das ANC-Programm aufgenommen wurde. Die beiden Vorhaben lösten einen Aufschrei bei den Medien und massive Proteste bei der gesamten Opposition und vor allem bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen aus, soweit diese vom ANC unabhängig geblieben sind. Bei näherer Analyse entpuppt sich nämlich der Gesetzentwurf zum Schutz von sensiblen staatlichen Informationen als gezielt gegen die Medien und deren freie Berichterstattung gerichtet. Jedes Dokument kann demnach als geheim eingestuft werden, wenn dies im „nationalen Interesse“ ist. Dieses „nationale Interesse“ wird nicht weiter definiert und vor allem nicht klar eingegrenzt. Fragwürdig ist überdies, warum der Term „national interest“ und nicht „public interest“ verwendet wird. Im Extremfall könnte jedes Regierungsdokument zum Schutz des „nationalen Interesses“ als geheim eingestuft werden. Und das praktisch von jedem öffentlich Bedienteten. Besonders kritisiert wird von den genannten Gegnern des Gesetzentwurfs das unangemessene Strafmaß. Bis zu 25 Jahre Gefängnis werden demjenigen angedroht, der eine solche Information weitergibt oder

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER

27. September 2010

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

– über welchen Weg auch immer – besitzt. Weder der „Arms-Deal“-Skandal, Oilgate, Travelgate, noch die vielfältigen persönlichen Bereicherungen von Regierungsgliedern und exzessiven Privilegien mit Immobilien in Millionenhöhe, noch die lukrativen „Tenderpreneur“-Geschäfte würden jemals mehr aufgedeckt werden können.<sup>8</sup>

Das Media-Appeals-Tribunal soll im Nationalen Parlament angesiedelt werden. Dort verfügt der ANC über eine erdrückende Mehrheit. Aufgrund des reinen Verhältniswahlrechts mit geschlossenen Parteilisten kontrolliert die ANC-Führung den eigenen Partei-Caucus. Die Gegner des Media-Appeals-Tribunals befürchten deshalb nicht zu Unrecht die Gefahr parteipolitischer Einflussnahme. Grundsätzlich stellt sich aber die Frage, warum eigentlich der ANC und die Regierung den bestehenden Selbstregulierungsmechanismen der Medien kein Vertrauen schenken. Es gibt den Ombudsmann und die gerichtlichen Instanzen stehen zur Verfügung. Das unabhängige *Institute of Race Relations* fragt deshalb offen nach dem Motiv, das den ANC zu dieser Forderung treibt. Von 356 Beschwerden, die im Zeitraum August 2007 bis Juli 2010 beim Ombudsmann eingingen stammten nur 43 (12 Prozent) vom ANC, der Regierung, lokalen oder sonstigen Regierungsinstitutionen. Einige Beschwerden wurden im Laufe der Zeit zurückgezogen. In zwei Drittel der verbleibenden 20 Fälle entschied der Ombudsmann zugunsten des ANC. „In light of the data, the only conclusion to draw on the envisaged media tribunal is that it is part of a wider agenda of extending political control over independent institutions“, folgert das Institut.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Tenderpreneur ist eine eigens kreierte Bezeichnung für Regierungsglieder und Parteifunktionäre, die sich gleichzeitig als Unternehmer an öffentlichen Ausschreibungen erfolgreich beteiligen.

<sup>9</sup> Vgl. Tribunal „to control independent bodies“, in: *Business Day* v. 23.9.2010, S. 3

Das NGC bekräftigte lediglich den Auftrag an die Parteiführung, das Media-Tribunal einzuführen und damit den Beschluss von Polokwane umzusetzen. Ebenso soll der Gesetzentwurf, die „Protection of Information Bill“ zügig im Parlament beraten werden. Der freie Zugang zu Information und die Medienfreiheit sind in der Verfassung garantiert. Es gibt bereits die Ankündigung aus dem Lager der Opposition und der Zivilgesellschaft, das Verfassungsgericht anzurufen, sollten diese Vorhaben vom ANC bzw. der ANC-Regierung tatsächlich umgesetzt werden.<sup>10</sup>

Unter dem Titel „Laws that stifle transparency“ schrieben zwei engagierte Frauen aus der Zivilgesellschaft einen lesenswerten Beitrag in der Tageszeitung *The Star*. Der einleitende Abschnitt ist bezeichnend für die wachsende Sorge um die Grundpfeiler der südafrikanischen Demokratie: „There are worrying signs that the spirit of our constitution and the framework it has given us to build a vibrant democracy and open society are being threatened by a desire for consensus and control and a narrowing of the channels through which information may flow.“<sup>11</sup>

All dies sind Themen, die der ANC beim NGC hätte kontrovers diskutieren können und sollen. Letztendlich sind alle wichtigen Entscheidungen, insbesondere zur Verstaatlichung der Minen und die „Media Protection Bill“ verschoben worden. Die Zulassung von

---

<sup>10</sup> Siehe auch: Windeck, F, Südafrikas Medienfreiheit unter Druck – ANC in offener Konfrontation mit den Medien, <http://www.kas.de/medien-afrika/de/publications/20310/>

<sup>11</sup> Vgl. Laws that stifle transparency, in: *The Star*, 12.8.2010, S. 15; Ramphele Mamphele war Anti-Apartheid Aktivistin und ist heute als Akademikerin und Geschäftsfrau sowie als unabhängige Vertreterin von Zivilgesellschaftsorganisationen engagiert; Zohra Dawood ist Exekutivdirektorin der Open Society Foundation for South Africa seit 2001 und war als Beraterin der Regierung von Nelson Mandela tätig.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SÜDAFRIKA**

DR. WERNER BÖHLER

**27. September 2010**

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Öffentlichkeit oder gar Anhörungen unter Einbeziehung von unabhängigen Experten und Gutachtern hätte zudem die Glaubwürdigkeit der Regierungspartei gestärkt. Diese Chance hat der ANC vertan. Vielleicht deshalb, weil er zu sehr mit sich selbst und der Suche nach seiner eigenen Identität in der Demokratie beschäftigt ist.

Südafrika beeindruckte im Juni und Juli 2010 die Welt mit der Ausrichtung der Weltmeisterschaft. Die internationalen Medien berichteten überaus positiv über das demokratische Südafrika und dessen Erfolge. Millionen Zuschauer rund um den Globus erlebten in den Stadien oder am Bildschirm ein stolzes Land in seiner Vielfalt und dem Reichtum an Menschen und Kulturen. Der ANC und die von ihm getragene Regierung laufen Gefahr, diese Anerkennung und diesen Kredit viel zu schnell zu verspielen. Anstatt den positiven Schub für die weitere demokratische Gestaltung des Landes und im Verbund mit den übrigen „Outreach Countries“ und innerhalb der G-20 für eine aktive Teilhabe an der Gestaltung der künftigen globalen Good Governance Ordnung entschlossen zu nutzen.

Das NGC war in dieser Hinsicht weder innovativ noch zukunftsweisend, sondern nur enttäuschend.